

Mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche in Thüringen

Kinder und Jugendliche sollen mehr Mitbestimmungsrechte erhalten. Thüringen hat zudem eine Mindestfinanzierung bei Schulsozialarbeit und Kommunen im Blick.

27. August 2018 / 05:53 Uhr



Astrid Rothe-Beinlich Archivfoto: Candy Welz

Erfurt. Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Thüringen sollen gestärkt und erweitert werden. Dafür machen sich die Regierungsfractionen von Rot-Rot-Grün stark. Auch die Jugend- und die Schulsozialarbeit sollen langfristig gesichert und finanziert werden, erklären die Jugendpolitikerinnen Kati Engel (Linke), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (Grüne).

Die jetzt anstehende Novelle des Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes soll sicherstellen, dass junge Menschen verbindlich bei allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen mitbestimmen können, heißt es. Vorgesehen ist zudem, dass das Land Kommunen bei ihrer gesetzlichen Aufgabe unterstützt, Angebote für Kinder und Jugendliche vorzuhalten.

Erstmalig werde – so erfuh unsere Zeitung – eine Mindestförderung des Landes in Höhe von 15 Millionen Euro für die örtliche Jugendförderung und in Höhe von 11,3 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit gesetzlich festgeschrieben. Einen „Meilenstein in der Geschichte der Thüringer Jugendpolitik“ nennt dies SPD-

Abgeordnete Lehmann.

Ziel des Gesetzentwurfes sei es zudem, die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu konkretisieren und auszuweiten sowie die Finanzierung von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Schulsozialarbeit gesetzlich zu verankern. „Die gesetzlich geregelte Mindestfinanzierung der Schulsozialarbeit und der örtlichen Jugendförderung ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der sozialen Infrastrukturen, sondern auch eine konkrete Unterstützung der Bildungspolitik in den Kommunen“, macht Rothe-Beinlich deutlich. „Die Arbeit der freien Träger in diesem Bereich wird damit endlich auf eine stabile Grundlage gestellt“, so die Grünen-Politikerin.

Eingeführt werden soll auch ein Lebenslagenbericht junger Menschen in Thüringen – mit dem Ziel, wissenschaftlich fundierte Kenntnisse auf diesem Gebiet vorlegen zu können.

Gerlinde Sommer / 27.08.18

ZoR0155473022